

E.I.R.GmbH

Nachrichtenagentur & Verlag

E.I.R. GmbH, Bahnstr. 4, 65205 Wiesbaden (siehe [Impressum](#))

Vol. 1, Nr. 8

Leitartikel:

Was einen Weltkrieg riskiert und was ihn verhindern kann

Die erweiterte BRICS-Gruppe umfasst fünf wichtige Länder im Nahen Osten und in Nordafrika, darunter drei der weltweit größten Produzenten fossiler Brennstoffe - Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate - sowie Ägypten und Äthiopien. In diesen Ländern entwickelt sich derzeit der Nukleus eines globalen Technologietransfers - Kernenergie, Hochgeschwindigkeitsverkehr, Weltraumtechnologien - gemeinsam mit der Bereitstellung von produktiven Krediten, vorangetrieben durch Chinas "Belt and Road"-Initiative. Die Zukunft der Weltwirtschaft liegt hier, wenn die Vereinigten Staaten und die europäischen Nationen mitziehen.

Mitten in dieser Region ist ein Krieg zwischen den israelischen Streitkräften und der palästinensischen Hamas ausgebrochen, der die große Gefahr birgt, sich weiter auszubreiten. Die BRICS-Staaten China und Brasilien haben begonnen, eine internationale Friedenskonferenz zu organisieren, um die Kriege sowohl in Südwestasien als auch in Europa zu beenden und Kredite für Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen.

Die Gründerin und Vorsitzende des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, die weltweit Unterstützung für solche Friedensinitiativen [organisiert](#), warnte am 10. Oktober: "Die Gefahr ist jetzt, dass es zu einem sehr blutigen Konflikt kommt, der weit über die Region hinausgehen und zu einem Weltkrieg führen

könnte - denn wenn er den Iran mit einbezieht, dann sind wir meiner Meinung nach weit über dem Limit".

Die USA haben zwei Flugzeugträger und Außenminister Antony Blinken in die Krisenregion entsandt. Die Biden-Administration hat gegenüber den Medien erklärt, dass sie die Region - insbesondere Iran und Syrien - vor einer Ausweitung des Krieges warnt.

Der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan sprach am Sonntagmorgen von einer "geheimen Kommunikation", die an den Iran weitergeleitet worden sei. Vor dem Hintergrund der US-Militärgeschichte seit 1944/45 ist es jedoch gut möglich, dass diese geheime Kommunikation eine Drohung enthält, den Iran und/oder Syrien mit "allen militärischen Mitteln" - d.h. einschließlich taktischer Atomwaffen - anzugreifen, sollten diese Länder in den Krieg gegen die israelischen Verteidigungskräfte eintreten oder die libanesische Hisbollah dabei unterstützen.

Seit der Entwicklung von Atomwaffen haben US-Präsidenten immer wieder mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen gedroht: von Trumans tatsächlichem Einsatz von Atombomben 1945, um die Sowjetunion zu bedrohen, über seine öffentliche Erklärung 1950, dass er den Einsatz von Atomwaffen in Korea immer aktiv erwogen habe, bis hin zu George W. Bushs und Dick Cheney's nuklearen Drohungen gegen den Iran 2006 und Donald Trumps öffentlichen Drohungen 2018, Nordkorea mit Atomwaffen zu vernichten.

Die gesamte 75-jährige Militärgeschichte der USA ist in dem aufrüttelnden Buch des verstorbenen Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine: Confessions of a Nuclear War Planner*, erschienen 2017, nachzulesen. Der Israel-Hamas-Krieg ähnelt den 25 bis 30 Kriegskrisen seit 1945, in denen die US-Exekutive den Ersteinsatz von Atomwaffen sowohl gegen Atommächte als auch gegen nichtnukleare Mächte einsetzte, oder dies öffentlich oder heimlich androhte, um Aktionen von "Gegnern" zuvorzukommen. Die Behauptung von Präsident Joe Biden, er werde die US-Nuklearwaffendoktrin in eine Doktrin der reinen Abschreckung umwandeln, wurde seit seinem Amtsantritt einfach fallen gelassen.

Und nun hat eine Kommission des US-Kongresses einen [Bericht](#) veröffentlicht, in dem die Entwicklung von modernen Atomwaffen und Trägersystemen für einen Atomkrieg gegen Russland und China gefordert wird. Die überwältigende Mehrheit hat kaum etwas von den Drohungen der amerikanischen Exekutive und des Militärs mit "präventiven" Atombombenabwürfen" mitbekommen.

Der Bericht der Kongresskommission warnt uns: Wir müssen jetzt handeln, um zu verhindern, dass diese Tragödie zu einem Weltkrieg eskaliert. Die

erweiterten BRICS-Staaten, in deren Region dieser Krieg entfacht wurde, sind dabei unsere Verbündeten, weil sie diese Verantwortung übernehmen - sowohl für den Frieden als auch für echte wirtschaftliche Entwicklung.

Inhalt:

STRATEGISCHE KRIEGSGEFAHR

- [Jake Sullivan über "private Kommunikation" mit dem Iran](#)
- [Treffen zwischen Vertretern Irans und der Hisbollah](#)
- [Putin: Das Gerede über einen Krieg mit Russland und China ist verrückt](#)

NEUE STRATEGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ARCHITEKTUR

- [Anzeichen für neues Paradigma bei IWF-Tagung](#)
- [Helga Zepp-LaRouche über BRI in Pakistans *Tribune*](#)
- [Afrikanischer Manager lobt Russlands Energiekompetenz](#)

ZUSAMMENBRUCH DES IMPERIALEN SYSTEMS

- [Hier hat der IWF Recht: Schulden der USA unbezahlbar](#)

GESCHICHTE UND KULTUR

- [China feiert musikalische und kulturelle Beziehungen zu Österreich](#)

VERSCHIEDENES

- [Ungarn will Energiegeschäfte mit Russland aufrechterhalten](#)

STRATEGISCHE KRIEGSGEFAHR

Jake Sullivan über "private Kommunikation" mit dem Iran

Der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan wurde in der Sendung [Face the Nation](#) am 15. Oktober zur von Biden entsandten zweiten Flugzeugträger-Einsatzgruppe USS Dwight D. Eisenhower befragt. Die Biden-Administration hatte bereits zuvor am 9. Oktober die USS Gerald R. Ford Battle Group ins östliche Mittelmeer geschickt.

Sullivan antwortete unter anderem: "Die libanesische Hisbollah, ein Stellvertreter des Iran, ist eine Bedrohung für Israels Nordgrenze, mit beträchtlichen militärischen Fähigkeiten und einer Vorgeschichte von Angriffen auf den Staat Israel. Und in der Tat haben wir in den letzten Tagen Scharmützel an dieser Nordgrenze erlebt, die das Risiko einer Eskalation nur erhöhen. Aber natürlich können wir nicht ausschließen, dass der Iran in irgendeiner Weise direkt eingreift; wir müssen uns auf alle Eventualitäten vorbereiten."

Er sagte weiter: "Wir haben Möglichkeiten, privat mit dem Iran zu kommunizieren. Und wir haben diese Mittel in den letzten Tagen genutzt, um das, was wir öffentlich gesagt haben, auch unter vier Augen deutlich zu machen".

General a.D. Frank McKenzie, ehemaliger Kommandeur des CENTCOM (2019-2022), war der ebenfalls Gast in der Sendung und antwortete auf eine Frage zu Sullivans Äußerungen: "Ich denke, der zweite Flugzeugträger sollte eine klare Botschaft an den Iran senden, dass sie nicht in der Lage sein werden, mit böser Absicht in diesen Konflikt einzutreten. Wir wollen sie da raushalten".

Treffen zwischen Vertretern Irans und der Hisbollah

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian sagte am 14. Oktober vor der Presse in Beirut, dass er sich am 13. Oktober mit dem Hisbollah-Führer Sayyed Hassan Nasrallah getroffen habe. *AP* zitiert Amir-Abdollahian mit den Worten: "Ich kenne die Szenarien, die die Hisbollah aufgestellt hat. Jeder Schritt, den der Widerstand [der Hisbollah] unternimmt, wird ein gewaltiges Erdbeben im zionistischen Komplex auslösen".

Amir-Abdollahian fügte hinzu: "Ich möchte die Kriegsverbrecher und diejenigen, die dieses System unterstützen, warnen, bevor es zu spät ist, die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza zu stoppen, denn in ein paar Stunden könnte es zu spät sein".

Die Nachrichtenseite *Axios* [berichtete](#) gestern, dass Amir-Abdollahian auch ein Treffen mit dem UN-Sonderkoordinator für den Friedensprozess im Nahen Osten, Tor Wennesland, am 14. Oktober nutzte, um darauf hinzuweisen, dass der Iran reagieren müsse, wenn die israelische Militäroperation weitergehe - und vor allem, wenn Israel sein Versprechen einer Bodenoffensive im Gazastreifen wahr mache. Der *Axios*-Bericht beruft sich auf zwei diplomatische Quellen, die behaupten, mit der Angelegenheit vertraut zu sein.

Putin: Das Gerede über einen Krieg mit Russland und China ist verrückt

TASS berichtete heute über einen kurzen Austausch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem Moderator der Fernsehsendung *Moskau. Kreml. Putin*, in dem der Moderator Putin um einen Kommentar zu einer kürzlichen Empfehlung "eines Ausschusses des US-Kongresses, sich auf mögliche gleichzeitige Kriege mit Russland und China vorzubereiten, die den Einsatz von Atomwaffen einschließen könnten" bat und sich dabei auf das [Dokument "America's Strategic Position"](#) bezog, das diese Woche vom Ausschuss des Kongresses für die strategische Position der Vereinigten Staaten veröffentlicht wurde.

Putin antwortete: "Ich glaube nicht, dass ein vernünftiger Mensch auf diese Idee kommen sollte oder kann. Aber wenn es so ist, sollte es uns nur noch wachsamer machen." Putin sagte außerdem: "Ich glaube nicht, dass das etwas Ernstes ist. Ich glaube, sie machen sich nur gegenseitig Angst."

TASS merkte an, dass Putin betonte, dass "ein Krieg zwischen Atommächten etwas ganz anderes wäre als die russische Militäroperation oder der Konflikt im Nahen Osten, so dass niemand auch nur im entferntesten an so etwas denken sollte".

Reuters kommentierte den Kongressbericht am 12. Oktober mit den Worten: "Die USA müssen sich auf mögliche gleichzeitige Kriege mit Russland und China vorbereiten, indem sie ihre konventionellen Streitkräfte ausbauen, ihre Bündnisse stärken und ihr Programm zur Modernisierung ihrer Atomwaffen verbessern."

NEUE STRATEGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ARCHITEKTUR

Anzeichen für neues Paradigma bei IWF-Tagung

Bei der Tagung des IWF und der Weltbank in Marrakesch, Marokko, verteidigte der saudi-arabische Finanzminister Mohammed Al-Jadaan am 12. Oktober in einer Podiumsdiskussion mit der geschäftsführenden Direktorin des IWF, Kristalina Georgieva, und dem Präsidenten der Weltbank, Ajay Banga, nachdrücklich Chinas Kreditvergabe für die Belt and Road Initiative. "Vielleicht ist es an der Zeit, die Dinge richtig zu stellen", sagte Al-Jadaan.

"China ist aufgestiegen, als viele Afrika gemieden haben. China hat dort Infrastruktur aufgebaut, die man nicht nach China mitnehmen kann, sondern die in Afrika bleiben wird. China ist Risiken eingegangen, als andere das nicht wollten. [...] Anstatt China zu schikanieren, sollten wir hier anerkennen, dass das Land getan hat, was es tun musste, in seinem eigenen Interesse, aber auch, um anderen Nationen zu helfen", wurde er von [CNBC](#) zitiert.

Al-Jadaan fuhr fort: "Anstatt sie zu verärgern und den armen Ländern zu schaden, die auf ihre Hilfe angewiesen sind, sollten wir China so viel Sympathie wie möglich entgegenbringen, zum Wohle der Länder mit niedrigem Einkommen, die Lösungen für ihre Schuldenprobleme finden müssen."

Eine weitere Überraschung für den IWF war, dass China und Sri Lanka am 11. Oktober eine Vereinbarung über die Refinanzierung der Schulden Sri Lankas bei der Export-Import Bank of China bekannt gaben, die laut der Pressekonferenz des chinesischen Außenministeriums vom 10. Oktober bereits im September getroffen worden war. Das Sri-lankische Finanzministerium [erklärte](#): "Dies sollte auch die Genehmigung der ersten Überprüfung des IWF-unterstützten Programms durch das IWF-Exekutivdirektorium in den kommenden Wochen erleichtern, so dass die nächste Tranche der IWF-Finanzierung in Höhe von rund 334 Millionen US-Dollar ausgezahlt werden kann".

Helga Zepp-LaRouche über BRI in Pakistans *Tribune*

In einem ausführlichen Artikel im pakistanischen [T Magazine](#) über "A World United: Belt and Road at 10", der auf das dritte Belt and Road Forum für internationale Zusammenarbeit am 17. und 18. verweist, wird Helga Zepp-LaRouche über die Rolle der BRI zitiert.

In dem Bericht heißt es: "Das dritte BRI-Forum für internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Meilenstein und ein Beweis für Chinas Engagement für globale Entwicklung und Vernetzung. Der Zeitpunkt des Forums ist bedeutsam, da es vor dem Hintergrund geopolitischer Konflikte und wirtschaftlicher Herausforderungen auf der ganzen Welt stattfindet, von den Spannungen in Europa und dem Nahen Osten bis hin zu einer sich abschwächenden Weltwirtschaft. Helga Zepp-LaRouche, Gründerin des Schiller-Instituts mit Sitz in Deutschland, unterstrich die Rolle der BRI bei der Vereinigung der Menschheit und der Förderung des gemeinsamen Wohlstands. Die BRI sei zum größten Infrastrukturprojekt der Geschichte

geworden und schaffe die wirtschaftliche Grundlage für eine globale Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft.”

Und weiter: “Auch wenn es auf dem Weg dorthin Herausforderungen und Anpassungen gegeben hat, werden der Erfolg und der integrative Charakter der BRI von den teilnehmenden Ländern anerkannt. Das Forum bietet die Gelegenheit, engere Beziehungen zu knüpfen, über eine qualitativ hochwertige Zusammenarbeit zu diskutieren und die Vorteile einer gemeinsamen Vision für die globale Entwicklung aufzuzeigen. Die Entscheidungen, die heute getroffen werden, werden die Zukunft der globalen Konnektivität und Zusammenarbeit prägen.” Das *T Magazine* ist eine Tochtergesellschaft der Tageszeitung *ExpressTribune*.

Afrikanischer Manager lobt Russlands Energiekompetenz

RT berichtete am 14. Oktober über ein kurzes [Interview](#) mit Nj Ayuk am Rande des Forums der Russischen Energiewoche vom 11. bis 13. Oktober in Moskau. Der aus Kamerun stammende Ayuk ist CEO der African Energy Chamber und Gründer und CEO der Centurion Law Group, einer panafrikanischen Anwaltskanzlei, die sich auf den Energie-, Finanz- und Rohstoffsektor konzentriert. Er wies darauf hin, dass sowohl Afrika als auch Russland über riesige Öl- und Gasreserven verfügen, die bei richtiger Erschließung und Nutzung die Grundlage für die industrielle Entwicklung aller afrikanischen Länder bilden könnten.

"Russland hat sich von einem Nettoimporteur von Getreide zu einem Nettoexporteur entwickelt. Sie nutzen ihr Erdgas, um Harnstoff, Ammoniak und NPK-Dünger herzustellen [und] ihre Fabriken mit Strom zu versorgen, damit sie sich selbst ernähren können. Sie leiten Gas durch das ganze Land, um Strom zu erzeugen. Sie nutzen Pipelines, um ihre Energieinfrastruktur zu verbinden. Wenn man sich also anschaut, was Russland erreicht hat, dann kann man das replizieren, russische Ausrüstung kann in ganz Afrika eingesetzt werden", sagte Ayuk.

Ayuk merkte an, dass das russische Know-how im Energiebereich für einen so großen Markt wie Afrika mit rund 1,4 Milliarden Menschen von großem Nutzen wäre. Wir müssen [Russlands] Fähigkeiten und Technologien nutzen und sie nach Afrika transferieren". Laut Ayuk gibt es bereits große politische Unterstützung für Russlands Beteiligung an Energieprojekten in Afrika", zitiert ihn *RT* weiter: "Gas wird Afrika in den nächsten 50 Jahren dominieren. Sie werden einen wirklich umfassenden Austausch zwischen Russland und Afrika sehen [...] Wir müssen unseren Worten Taten folgen lassen, denn die

Menschen erwarten mehr von uns. Die Industrie muss sich verändern. Es kann nicht die Industrie der Eliten sein - es muss eine Industrie sein, in der alle Menschen eine Rolle spielen, und das sollte uns antreiben."

Der durchschnittliche Prozentsatz des Zugangs zu Elektrizität auf dem Kontinent liegt bei 57%, aber in den ärmeren Ländern wie Burkina Faso, Burundi, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Malawi, Niger und Südsudan haben weniger als 20% der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität.

ZUSAMMENBRUCH DES IMPERIALEN SYSTEMS

Hier hat der IWF Recht: Schulden der USA unbezahlbar

Auf der [Tagung](#) des IWF und der Weltbank, die vom 9. bis 15. Oktober in Marrakesch, Marokko, stattfand, warnten Vertreter des IWF davor, dass die Vereinigten Staaten zusätzlich zu ihrer Staatsverschuldung untragbare Schulden anhäufen und sich in der schlechtesten Haushaltslage aller Nationen der Welt befinden.

Pierre-Olivier Gourinchas, IWF-Wirtschaftsberater und Forschungsdirektor, hat in seiner Pressekonferenz am 10. Oktober nicht nur auf die prekäre Verschuldungssituation der USA hingewiesen ("die besorgniserregendste aller Länder der Welt"), sondern auch darauf, dass die Zahlungsausfälle von Unternehmen zwischen 2022 und 2023 dramatisch angestiegen seien. Nach den Daten von S&P Global, die seine Behauptungen quantifizieren, waren die Zahlungsausfälle von Unternehmen im Jahr 2023 bis August und allein im August höher als in jedem anderen Jahr seit der "Großen Rezession" von 2009, und bei Kreditkarten und Autokrediten liegen die Zahlungsausfälle in der Subprime-Kategorie inzwischen bei 4-5%.

Am 11. Oktober wurde der Direktor für Fiskalangelegenheiten des IWF, Vitor Gaspar, zitiert (u.a. von der Nachrichtenseite *Business Insider India*), dass "bei unveränderter Politik die Schuldendynamik in den USA sehr ungünstig ist".

Auf der anderen Seite vertritt der IWF die Idee, dass die 17 großen multinationalen Entwicklungsbanken aufgrund des Mangels an Infrastrukturkrediten in den Entwicklungsländern alle ihre Kreditvergabe im Verhältnis zu ihrem Kapital erhöhen sollten, aber nur für Kredite für "ökologisch nachhaltige" Projekte. Der IWF versucht, die Entwicklungsbanken dafür beim COP28-Gipfel in Dubai vom 30. November bis 12. Dezember 2023

zu verpflichten. Die Asiatische Entwicklungsbank hat bereits angekündigt, dass sie diese Politik übernehmen und ihre Kreditvergabe bis 2030 um 40% erhöhen wird, aber nur für Projekte, die "den Planeten retten".

Vielleicht hat deswegen die russische Regierung mit Blick auf diesen Ansatz des IWF im Vorfeld alle Bemühungen verurteilt, auf der COP28 ein Abkommen über den "Ausstieg aus der Produktion fossiler Brennstoffe" voranzutreiben, ebenso wie der brasilianische Finanzminister Fernando Haddad.

GESCHICHTE UND KULTUR

China feiert musikalische und kulturelle Beziehungen zu Österreich

Xinhua veröffentlichte einen kurzen Artikel mit zahlreichen Fotos von chinesischen Musikern, die Musik von Wolfgang Amadeus Mozart, Franz Schubert und Franz Haydn studieren. In dem Artikel heißt es, dass "viele österreichische Musikmeister in China (english.news.cn) große Anerkennung erlangt haben und ihre Werke in die Lehrpläne chinesischer Musikausbildungseinrichtungen aufgenommen wurden".

"Die 2013 von China ins Leben gerufene Belt and Road Initiative hat positive Reaktionen und nachhaltige Unterstützung aus Österreich erhalten. In den letzten Jahren hat der kulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern deutlich zugenommen, wobei die Musik eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der gegenseitigen Verbindungen spielt", heißt es in dem Artikel, der zahlreiche Fotos von Musikschülern enthält, die Orgel spielen, singen, Klavier, Trompete und andere Instrumente üben.

Am 25. September brachte die *Global Times* ein langes Interview in Peking mit Erich Arhold, dem Präsidenten der Wiener Sängerknaben (globaltimes.cn), mit denen er selbst als Jugendlicher gesungen hat. "Die chinesische Kultur ist sowohl alt als auch wichtig. Es ist wichtig für junge Knaben in ihrem Alter, die Welt zu erkunden, vielfältige Erfahrungen zu sammeln und Wissen über andere Kulturen zu erwerben", sagte Arhold und fügte hinzu, dass der Chor stolz darauf sei, als "kultureller Botschafter" Österreichs zu gelten, was "uns eine große Verantwortung für den interkulturellen Austausch auferlegt."

Weiter heißt es in der *Global Times*: "Während seiner China-Tournee 2023 wird der Chor in fast 20 Städten auftreten, darunter Peking, Hangzhou, Shanghai, Guangzhou, Hongkong und Taipeh. Neben Klassikern wie Eine

kleine Nachtmusik, Die Zauberflöte und Tritsch-Tratsch Polka singt der Chor auch Volkslieder aus Ländern wie der Türkei, der Ukraine und Neuseeland sowie speziell für das Publikum einstudierte chinesische Lieder wie The Moon Represents My Heart und High Green Mountains. Arthold erwähnte, dass der Chor nun vier befreundete Chöre in China hat, die als die Chöre der Freunde der Wiener Sängerknaben bekannt sind und sich in Peking, Shanghai, Chengdu und Guangzhou befinden. Die Mitglieder dieser vier Chöre und der Wiener Sängerknaben besuchen sich gegenseitig für Auftritte, was die Freundschaft zwischen den Chören beider Länder vertieft und jungen chinesischen Musikern mehr Möglichkeiten bietet, mit der internationalen Musikszene in Kontakt zu kommen".

VERSCHIEDENES

Ungarn will Energiegeschäfte mit Russland aufrechterhalten

RT führte am 13. Oktober am Rande des Forums der Russischen Energiewoche (11.-13. Oktober) ein kurzes Interview mit dem ungarischen Außenminister Peter Szijjarto ([rt.com](https://www.rt.com)). Er sagte, dass Ungarn trotz des Drucks der EU und der Sanktionen gegen die Ukraine an den Energieverträgen mit Russland festhalten werde.

Zu Beginn des [Video-Interviews](#) betonte Szijjarto: "Wir haben eine außenpolitische Strategie, in der wir unsere nationalen Interessen immer an die erste Stelle setzen. Unser nationales Interesse ist auf jeden Fall eine verlässliche und von gegenseitigem Respekt geprägte Zusammenarbeit mit Russland. Ohne russische Energie wären wir nicht in der Lage, die sichere Energieversorgung unseres Landes zu gewährleisten."

RT schrieb: "Szijjarto sagte, die Energieversorgung sei für Ungarn keine politische oder ideologische Frage, sondern eine praktische. Ungarn kauft weiterhin russisches Gas im Rahmen eines 15-Jahres-Vertrags mit dem Energiekonzern Gazprom, der 2021 unterzeichnet wurde und die Lieferung von 4,5 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr vorsieht. Das Land kauft auch russisches Öl über Pipelines, die durch Kroatien und die Ukraine verlaufen, nachdem es im vergangenen Jahr eine Ausnahme von den von Brüssel verhängten Sanktionen gegen russische Rohölimporte erhalten hatte."

"Ein weiterer wichtiger Teil der russisch-ungarischen Zusammenarbeit sind die Arbeiten an neuen Reaktoren für das ungarische Atomkraftwerk Paks-2, die im Rahmen eines Vertrags mit der russischen Rosatom durchgeführt werden.

Laut Szijjarto haben die Bauarbeiten bereits begonnen: 'Die Trennwände werden derzeit errichtet - das gibt uns Hoffnung, dass wir Anfang des nächsten Jahrzehnts die beiden neuen Blöcke ans Netz bringen können, was die nukleare Kapazität von 2.000 MW auf 4.400 MW erhöhen wird', sagte er und fügte hinzu, dass das Projekt die ungarische Stromerzeugung 'wettbewerbsfähiger, sicherer und umweltfreundlicher' machen werde", so *RT* abschließend"

"Szijjarto wiederholte frühere Aussagen, dass die Anti-Russland-Sanktionspolitik des Westens gescheitert sei, und forderte die EU auf, gemeinsam Russland und der Ukraine zu helfen, den Konflikt zu beenden, anstatt Moskau mit weiteren Strafmaßnahmen zu überhäufen: 'Die EU hat große Probleme, was die Wirtschaft angeht, und wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit geht, ist es offensichtlich - es gibt Zahlen -, dass China uns bereits überholt hat, wenn es um den Anteil am globalen BIP geht. Die EU muss also Entscheidungen treffen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, und die Sanktionen [gegen Russland] haben sicherlich zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Statt Sanktionen zu verhängen und Waffen zu liefern, sollten wir Friedensgespräche beginnen', sagte er und warnte, dass die Umstände für Friedensgespräche mit der Zeit immer ungünstiger würden."